

(Stand 25.5.16)

Nachdenken über die Landtagswahlen in Sachsen-Anhalt – strategische Überlegungen für DIE LINKE:

1. Was ist geschehen?

Mit nur 16,3% der Stimmen hat DIE LINKE (PDS) mit etwa 183.000 Stimmen seit 1990 ihr schlechtestes prozentuales Ergebnis bei einer Landtagswahl in Sachsen-Anhalt eingefahren! Nur zur Bundestagswahl 2002 wurde ein schlechteres prozentuales Ergebnis erreicht. Trotzdem verzeichneten wir damals dank besserer Wahlbeteiligung (68,8%) mehr absolute Stimmen (225.261). Über 100.000 Stimmen gingen uns seit der vergangenen Bundestagswahl bei vergleichbarer Wahlbeteiligung (62,1) auch absolut verloren! Da in dieser Landtagswahl das bundespolitisch geprägte Flüchtlingsthema die Wahl dominiert hat, ist dieser Vergleich m.E. zulässig. Gleichzeitig gebietet uns das, die derzeitigen (optimistischen) Umfragen zu den Bundestagswahlen für uns (21% ostbundesweit) kritisch zu hinterfragen. Denn die Umfragen zur Landtagswahl wiesen noch in der Vorwoche der Wahl 21 und 20% (Forschungsgruppe Wahlen (FGW) und FORSA) für DIE LINKE auf. Das Ergebnis lag dann bei 16,3%!

Auch zur Landtagswahl 2011 fehlen der LINKEN 51.721 Zweitstimmen. Bei einer deutlich geringeren Wahlbeteiligung hatten wir damals ein Ergebnis von 23,7% und auch deutlich mehr absolute Stimmen.

DIE LNKE hat nach Umfrage von Infratest Dimap (ID) 47.000 Wählerinnen und Wähler an andere Parteien abgegeben, am meisten (28.000)¹ an die AFD (über die Hälfte!!!), nur 1.000 (viel weniger als SPD) an die Nichtwähler, aber 8.000 (die meisten im Vergleich zu anderen Parteien) an „andere“ (das sind u.a.: ALFA, DIE RECHTE, NPD, FREIE WÄHLER, Freie Bürger Mitteldeutschlands, Magdeburger Gartenpartei... Alle „Anderen“ zusammen hatten 77.515 Stimmen. Sie haben (ohne FDP und AFD) 3% dazu gewonnen). Zwar hat die NPD signifikant verloren, aber andere Parteien, die z.T. erstmals angetreten sind und die eher im rechtskonservativen oder offen rechten Spektrum zu verorten sind, haben diese und möglicherweise andere Stimmen aufgefangen. Das heißt, DIE LINKE hat offensichtlich vor allem an rechte und offen rechtsextreme Parteien Stimmen verloren. Wie schon zur Landtagswahl 1998 zu beobachten war, gab es ein Stimmensplitting von Erst- und Zweitstimmen zwischen rechten Parteien und Linken (PDS). DIE LINKE konnte wie auch SPD und Grüne keine Stimmengewinne aus dem Nichtwählerlager ziehen. Die CDU konnte

¹ Die Wahltagsumfragen der beiden Institute weisen nicht nur unterschiedliche Fragestellungen, sondern auch unterschiedliche Ergebnisse auf: Nach Umfrage der Forschungsgruppe Wahlen haben sogar 17% der Wählerinnen und Wähler der AFD vor fünf Jahren DIE LINKE gewählt. Das gilt ebenso für die CDU. Das wären deutlich mehr Stimmen, die an die AfD verloren gegangen sind.

aus dem Nichtwählerlager etwa so viele Stimmen ziehen (39.000) wie sie an die AfD abgegeben hat (38.000)! Kurztentschlossene haben sich häufiger für die CDU entschieden (28% - ID) als für andere Parteien. 19% entschieden sich noch kurzfristig für die AfD und nur 14% (aber immerhin) für die LINKE. Also ist die Wählerwerbung offensichtlich kurz vor der Wahl nicht völlig folgenlos. Wenn etwa 20 % der Wählerinnen und Wähler zu den Kurztentschlossenen zählen, dann sind das ca. 4.000 Stimmen, die sich in den letzten Tagen für DIE LINKE entschieden haben. Dennoch muss man sagen, dass im Wahlkampf und durch den Wahlkampf Wahlergebnisse nicht mehr grundlegend verbessert werden können. 4.000 Stimmen entsprechen einer Größe von ca. 0,7 Prozentpunkten. Ohne diese wären wir aber unter 16% gelandet! Insgesamt aber sind Wahlzeiten Erntezeiten. Die Grundlage dafür muss in den 5 Jahren davor gelegt werden, nicht in den letzten Monaten oder Wahlkampfwochen!

2. Dominanz der Flüchtlingsfrage:

Diese Wahl wurde von der Flüchtlingsfrage dominiert. Während andere Parteien herumgeeiert haben und damit die AfD latent stärkten, weil sie ihrer Sichtweise partiell Recht gaben, ist DIE LINKE – mit Ausnahme von Sarah Wagenknecht und Oskar Lafontaine – in der öffentlichen Wahrnehmung im Wahlkampf geradlinig geblieben. Die Konzentration des politischen Agierens der LINKEN auf die Fluchtfrage insgesamt (hier zählte nicht nur der Auftritt im Land) hat dazu geführt, dass die anderen, für viele neben der Flüchtlingsfrage wahlentscheidenden Themen, im Portfolio der LINKEN in den Hintergrund getreten ist oder gar nicht mehr wahrgenommen wurde. Viele Wählerinnen und Wähler haben offensichtlich das Flüchtlingsthema an den eigenen sozialen Problemen und ihren Sorgen um die eigenen Zukunftsperspektiven gemessen. Bei denen, die ihre eigene Perspektive eher unsicher sehen, konnten die von der AfD geschürten Ängste offensichtlich besser verfangen. Landesweit schlägt das Thema Flüchtlinge mit 26% als wahlentscheidend zu Buche. Und die haben sich großen Teils bei der AfD versammelt. Dort steht das Thema mit 56% an erster Stelle.

Die Eierei um das Flüchtlingsthema hat keiner der anderen Parteien genutzt, denn jede wurde überall dort abgestraft, wo sie gerade nicht die Regierung führte. Eine tendenzielle Ausnahme bleiben die Grünen.

DIE LINKE hat insgesamt darauf orientiert, als Partei der Flüchtlingshelfer wahrgenommen zu werden. Das ist auch gelungen. Das Engagement für Geflüchtete und für die zahllosen Helferinnen und Helfer im Land hat uns bei vielen engagierten Menschen Sympathie eingebracht, sich aber nicht in gleichem Maße in Wählerstimmen umgesetzt. Dabei muss man bedenken, dass Flüchtlingsfreunde in der Regel politisch orientiert sind. Sie gehören zum politischen Spektrum der LINKEN ebenso wie zu dem der Grünen, der Sozialdemokraten, der Liberalen und auch der CDU – jeweils in unterschiedlichem Maße. Sie haben nur darum nicht gleich alle links gewählt, sondern eben in der Regel die Partei, die sie sonst auch gewählt haben.

Zudem wurde uns nicht die stärkste Kompetenz für die Lösung der Flüchtlingsfrage zugemessen. Der AfD (28%) und der CDU (21%) wurden die größte Kompetenz bei der „Lösung der Flüchtlingsfrage“ zugemessen, der LINKEN nur 10%. Auch wenn unter „Lösung“ hier sehr Unterschiedliches verstanden werden kann und die Fragestellung unterschiedliche Haltungen zulässt, ist das aussagestark für die Wahlentscheidung. Mitunter wurden wir noch trotz unserer Asylpolitik, aber zu wenig wegen unserer Asylpolitik gewählt. Dazu später noch einmal.

Bis hinein in unsere Mitgliedschaft gibt es diese Skepsis oder Ablehnung gegenüber hoher Zuwanderung. Dabei werden die meisten gängigen Vorurteile bedient. Trotz der grundsätzlich internationalistischen Orientierung der Mitglieder der LINKEN, die sicher parteiumgreifender Konsens ist, teilen nicht alle die Konsequenz daraus für die aktuelle Flüchtlingspolitik (Erklärungsversuch später). Die Debatte um Obergrenzen oder Gastrecht ist nicht nur eine Debatte mit den beiden exponierten Mitgliedern Sarah Wagenknecht und Oskar Lafontaine.

Wer aber an der Flüchtlingspolitik der eigenen Partei zweifelt, der kann Wählerinnen und Wähler auch nicht gewinnen.

Wahlmäßig verlassen haben uns viele, die unsere Flüchtlingspolitik nicht verstanden haben und die angesichts der Dominanz des Themas glaubten, im politischen Alltag mit ihren Sorgen und Nöten unterzugehen. Wir haben sie nicht mehr erreicht. Unter ihnen viele, die uns schon seit Jahren gesagt haben, dass sie unsere Sozialpolitik gut fanden, aber unsere Ausländerpolitik nicht. Trotzdem haben sie uns damals gewählt. Diesmal nicht, weil unser sozialpolitisches Engagement bei ihnen nicht mehr angekommen oder hinter dem Flüchtlingsengagement zurückgetreten ist.

3. Warum wurde die AfD gewählt?

Obwohl die deutliche Mehrheit der Wählerinnen und Wähler und auch die Hälfte der AfD-Wähler*innen findet, dass sich die Partei nicht genügend von rechts distanziert, wurde sie von fast einem Viertel der Wählerinnen und Wähler gewählt. Bei den Wahlmotiven ist interessant, dass 64% aller Wählerinnen und Wähler und 93% der AfD-Wähler*innen finden, dass die AfD die Probleme nicht löst, sie aber beim Namen nennt. Diese Aussage hatte in früheren Wahlen bei der Linken/PDS hohe Zustimmungswerte. Ich glaube, wir waren damals stolz darauf und sind dem Irrtum aufgesessen, das wäre ein solider Wahlgrund und er ließe sich halten! Inzwischen will die Mehrheit (58%) von uns die Lösung in Sachfragen.

Interessant ist, dass die Auffassung von den Wahlgründen für die AfD von den ihren Wählerinnen und Wählern anders gesehen wird als von allen Wählern:

So fanden bei der Wahltagsbefragung laut Forschungsgruppe Wahlen alle Wähler, dass etwa 16-18% die AfD wegen ihrer politischen Forderungen gewählt hätten. Ca. Dreiviertel vermuteten eine Denkmittelwahl. Bei den AfD-Wähler*innen selbst dagegen sahen sich

etwa die Hälfte in Übereinstimmung mit den politischen Forderungen der AfD. Infratest Dimap hat leicht abweichende Zahlen. Dort führten 64 % die Enttäuschung von anderen Parteien und immerhin 27% die Übereinstimmung mit politischen Forderungen für die Wahlentscheidung AfD ins Feld. Diese Zahlen belegen, das Protestwahlpotenzial ist nicht so groß wie allgemein vermutet, dafür ist die Identifikation mit parteipolitischen Forderungen (welchen auch immer) deutlich höher! Das wiederum heißt, dass es sich bei der Wahl der AfD viel weniger um eine kurzfristige Attitüde handelt als angenommen und es fahrlässig wäre, davon auszugehen, dass sie sich von alleine erledige. AfD wird zu großen Teilen nicht trotz, sondern wegen ihrer politischen Forderungen gewählt.

Es lohnte sich dennoch, zu fragen, welche politischen Forderungen das denn sind, denn es gibt auch die Aussage, dass sich die AfD zu wenig von rechtsextremen Positionen abgrenze. Das gilt auch für AfD-Wähler*innen. Möglicherweise ist die Asylpolitik und die fremdenfeindliche Performance der AfD nicht der einzige Grund, sich für diese Partei zu entscheiden. Vielleicht wählen die AfD manche auch trotz ihrer Ausländerfeindlichkeit.

Es gibt es einige Erklärungen für Wahlverhalten aus der Einschätzung der persönlichen und der gesamtgesellschaftlichen Lage. Die eigene wirtschaftliche Lage wird in allen Wählerlagern mehrheitlich als eher gut bewertet. Die gesamtwirtschaftliche Lage nur von LINKE-Wählern und AfD-Wählern überwiegend schlecht (um die 70%). Wer die eigene Lage und die Gesamtlage als eher gut bewertet, der kann die jeweils regierende Partei wählen, denn der will, dass das so bleibt. Das trifft auf SPD, CDU und Grüne jeweils in den Ländern zu, in denen sie die Regierung führten (ID). Wer die eigene wirtschaftliche Lage als eher gut, die Gesamtlage aber eher schlecht bewertet, der wird die regierenden Parteien nicht wählen, denn er befürchtet, dass sich die eigene Lage (weiter) verschlechtert! Das trifft nicht nur für sozial Benachteiligte zu, sondern auch für viele Menschen, die jetzt ein Auskommen haben. Für uns heißt das: Wenn zur kritischen Haltung von Wählerinnen und Wähler zur wirtschaftlichen Lage des Landes eben die Ablehnung unserer Flüchtlingspolitik kommt, dann ist die Abwendung von der LINKEN eher vorprogrammiert. Viele von denen, die vorher links gewählt haben, die die wirtschaftliche Lage als überwiegend schlecht einschätzen und die Flüchtlingspolitik ablehnen, haben offensichtlich eher für die AfD entschieden. Die CDU war für sie überwiegend keine Alternative wegen ihrer schlechten Sozialpolitik, die SPD hat ihr Image als soziale Partei seit Jahren für viele verloren, die Grünen sind mit ihrem emanzipatorischen Grundanspruch für die meisten früheren Linken-Wähler auch keine Alternative, weil sie eben genau diesen Anspruch beargwöhnen. Darum ist die Wählerwanderung zu ihnen auch vergleichsweise gering.

Hinzu kommen jene Nichtwähler, die wir schon seit Jahren nicht mehr erreichen, zu denen aber viele jener Menschen zählen, für die wir eigentlich Politik machen wollten.

4. Welche Schlussfolgerungen ziehen wir daraus?

Der große Anteil jener, die sich mit den politischen Forderungen der AfD identifizieren, gibt einerseits jenen Recht, die hinter der AfD-Wahl ein offenes Bekenntnis zu Fremdenfeindlichkeit und Rechtskonservatismus sehen. Wenn man jedoch ins Kalkül mit einbezieht, dass die AfD sich ebenso aus einem marktliberalen und nationalkonservativen Selbstverständnis speist, wird die Zuordnung nicht ganz so einfach.

In diesem Zusammenhang ist die Frage zu diskutieren, wie DIE LINKE mit den Wählerinnen und Wählern der AfD umgehen soll. Viele meinen, weil die Wahlentscheidung der AfD-Wähler*innen in ihrer Gänze eine bewusste gewesen sei in Kenntnis und Akzeptanz der fremdenfeindlichen Orientierung dieser Partei, seien sie für DIE LINKE kurzfristig nicht ansprechbar. Das mag für einen Teil richtig sein. Tobias Schulze und Jörg Schindler beschreiben das in ihrem Artikel in der Zeitschrift Prager Frühling Magazin so: „Wir sollten deshalb aufhören, paralyisiert auf die AfD-Wählerschaft zu schauen. Diese Menschen haben sich zumindest bei dieser Wahl entschieden – für eine offen menschenfeindliche, eine rechtsradikale bis rechtsextreme Partei. Wichtiger für die strategische Debatte der LINKEN sind die 75 bzw. 85 Prozent, die zu dieser Wahl nicht rechtsaußen gewählt haben. Plus die, die gar nicht gewählt haben.“ In: Prager Frühling Magazin, „Eine Perspektive für die neue Unübersichtlichkeit“

Ich sehe in dieser Einschätzung gleich mehrere Irrtümer:

Zum Ersten teile ich nicht die Auffassung, alle AfD-Wähler hätten sich bewusst für eine offen rechtsextreme Partei entschieden. Das mag in polemischen Debatten verfangen, für die politische Strategie taugt diese Argumentation wenig. Sie ist lediglich geeignet, das eigene Gewissen zu beruhigen, führt aber auf geradem Weg in die Schmollecke. Aus der heraus kann man ganz schlecht Politik machen. Zwischen 27% und etwa 50% der Befragten haben angegeben, mit den politischen Forderungen der AfD übereinzustimmen (immerhin!). Ob damit allein die Asylpolitik gemeint ist bleibt offen (siehe oben). Und es ist auch nicht davon auszugehen, dass die Partei auch künftig das zum einzigen Thema macht. Zur Europawahl war es vor allem die Ablehnung des Euro. Das ist etwas Anderes, auch wenn ähnliche nationalkonservative Haltungen hinter dieser Orientierung stehen. Gleichzeitig nämlich findet die Hälfte der AfD-Wähler*innen, dass sich diese Partei zu wenig von rechts distanzieren. Nun kann man zwar Wählerschelte betreiben, aber die Annahme, dass einer Wahlentscheidung immer die vollständige oder auch nur überwiegende Identifikation mit den (rechten) Programminhalten zugrunde liegt, ist trügerisch.

Zum Zweiten: Die Annahme, Wahlentscheidungen erfolgten vor allem aus einer programmatischen Identifikation, gilt auch nicht für DIE LINKE. Auch unter unseren Wählerinnen und Wählern geben nur knapp zwei Drittel (aber immerhin!) an, die Wahlentscheidung aus Überzeugung von der Partei getroffen zu haben. Ob das aber bedeutet, dass die Wählerinnen mit dem Parteiprogramm wenigstens überwiegend übereinstimmen, ist damit noch lange nicht geklärt, denn 55% aller Wählerinnen und

Wähler meinen, die LINKE sehe die Flüchtlingspolitik viel zu positiv, und 41% der Linkswähler meinen für Flüchtlinge würde mehr getan als für Einheimische.

Außer den AfD-Wähler*innen wollen zwar alle anderen Wählergruppen mehrheitlich eher eine offene, tolerante Gesellschaft. Doch auch unter den Menschen, die uns diesmal gewählt haben, gibt es einen großen Anteil mit wertkonservativen und wenig toleranten Gesellschaftsvorstellungen. Immerhin etwa ¼ der Linkswähler wollen keine tolerante und offene Gesellschaft! Und das gilt für die, die uns diesmal gewählt haben!!!

Außerdem entschied sich etwa ein Drittel (mehr als bei der CDU) für die Wahl der LINKEN aus „Enttäuschung über andere Parteien“. Also vor allem aus Protest, nicht unbedingt aus Überzeugung.

Drittens: wenn nun mehr als 40% der Linkswähler*innen finden, es würde mehr für Flüchtlinge getan als für Einheimische, wenn das auch 40% der CDU-Wähler*innen, 34% der SPD-Wählerinnen und selbst 21% der Grünen-Wähler*innen so sehen und wenn zudem mehr als die Hälfte der Nichtwähler*innen angeben, aus Protest gegen die Flüchtlingspolitik nicht wählen gegangen zu sein, dann muss die Ausgrenzung der AfD-Wähler*innen ob ihres Wahlverhaltens in ihrer Gänze als probates Mittel infrage gestellt werden. In der Politik sollte nicht gelten: „Wer einmal AfD wählt...“.

Es stellt sich vielmehr die Frage, wie das mit den Mehrheiten in der Bevölkerung in Bezug auf die Solidarität mit Geflüchteten bestellt ist. Noch scheint es sie zu geben, aber es sind nicht 80% wie gelegentlich vermutet. Ist es nicht vielleicht ein Trugschluss, anzunehmen, dass es klare Mehrheiten sind, die der Verführung der Ausgrenzungsideologie nicht folgen, nur weil die AfD von der Mehrheit nicht gewählt wurde? Insgesamt wollen 37% aller Wählerinnen und Wähler eher eine „traditionelle“ Gesellschaft. Nur 52 % haben sich für eine offene Gesellschaft ausgesprochen! Erliegen wir nicht zu leicht der Versuchung, uns die Welt aus der Stimmung in dem uns nahe stehenden politischen Umfeld heraus zu erklären, das wir gut kennen? Führt das nicht in die Irre, weil wir die anderen inzwischen mit Abstand sehen und nur durch ihre konkrete Wahlentscheidung wahrnehmen?

Spätestens die Wahl des Bundespräsidenten in Österreich muss uns bezüglich der Mehrheitsverhältnisse in der Gesellschaft bei der Akzeptanz der Flüchtlingspolitik zu denken geben. Eigentlich waren schon die Regionalwahlen in Frankreich ein solches Alarmsignal, bei denen im ersten Wahlgang der Front Nationale mehr als ein Drittel der Stimmen erobern konnte. Wenn es stimmt, dass sich in Deutschland nachvollzieht, was in Frankreich, Österreich, Polen, Ungarn schon länger zu beobachten ist, woher dann die Sicherheit, dass es sich um (mehr oder weniger vernachlässigenswerte) Minderheiten handelt, die offen rechts wählen? Und wenn es dann so ist, was berechtigt uns, zu sagen, wer einmal rechts wählt ist ohnehin verloren – jedenfalls bis auf weiteres? Wann wollen wir anfangen, den gesellschaftspolitischen Kurs zu ändern und mit wem? Nur mit denen, die uns vergleichsweise wohl gesonnen sind? Das wird nicht reichen und darum finde ich das fahrlässig.

Viertens finde ich es problematisch, bei der Suche nach neuen Wählerinnen und Wählern zu sehr auf das Wahlvolk der SPD und der Grünen zu spekulieren. Sicher wird es – insbesondere angesichts der Ziellosigkeit der einstigen Arbeitnehmer*innenpartei SPD und angesichts der öko-bildungsbürgerlichen Verlockungen bei der Regierungsbeteiligung bei den Grünen durchaus die Möglichkeit geben, dass ihnen bisherige Wählerinnen und Wähler abhandenkommen, für die wir offen sein sollten. Ich glaube aber nicht, dass sie so zahlreich sind, uns aus dem Dilemma zu holen. Außerdem kann ich keinen Gewinn für das linke Lager entdecken, wenn die Wähler*innen zwischen den potenziellen Kräften eines Mitte-Links-Bündnisses wandern. Davon vermehrt sich noch nichts!

Vielmehr müssen wir uns die Frage stellen, warum es uns nicht gelungen ist, andere Alternativen als die „Alternative“ glaubhaft zu machen. Das fällt doch nicht irgendwann vom Himmel! Von welchem denn?

So sehr ich die Analyse der Motivlagen und Beweggründe des Wahlverhaltens in Sachsen-Anhalt im Beitrag von Tobias Schulze und Jörg Schindler und manche Schlussfolgerung für die Änderung unserer Politik teile, so sehr warne ich vor den von ihnen gezogenen Konsequenzen einer Meidstrategie.

5. Woran kann man anknüpfen - wahlentscheidende Themen²

In Sachsen-Anhalt war das Thema soziale Gerechtigkeit ein wahlentscheidendes Thema (46%). Das deckt sich mit den Interessen unserer WählerInnen (67%). Auch für die Linksparteiwähler*innen war auch die soziale Gerechtigkeit wahlentscheidendes Thema. Flüchtlinge kommen auf den Plätzen 1-4 nicht vor. (Also, wir wurden auch zu wenig wegen unserer Asylpolitik gewählt - 10% Lösungskompetenz!) Wenn das wahlentscheidende Thema im Land mit dem Thema übereinstimmt, das uns als wichtigstes Thema zugewiesen wird, hätte das eigentlich ein Grund für ein starkes Ergebnis sein müssen. Dem war nicht so. Woran liegt das?

Vielleicht ist das vergleichbar mit der Wahrnehmung des Themas Frieden. Ein wichtiges Thema ohne weiteres. Aber auch wahlentscheidend? Zurzeit wird die Friedensfrage vor allem unter dem Vorzeichen der Fluchtursachen debattiert. Fragen der Auslandseinsätze zum Beispiel treten in der öffentlichen Debatte derzeit in den Hintergrund.

Erklärungsmuster: Obwohl wir viele Jahre auch wegen unserer konsequenten Friedenspolitik gewählt worden sind, rangiert dieses Thema in der Frage der Wahlentscheidung für uns bei den Wählerinnen und Wählern nicht mehr an vorderster Stelle. Mit einer klaren Friedenshaltung werden wir identifiziert. Sie gilt als selbstverständlich. Zurzeit gilt sie jedoch nicht mehr als besonderer Grund eines Zuwachses bei der Wahlentscheidung für DIE LINKE. Das Feld ist weitgehend erschöpft.

² Hier muss beachtet werden, dass die Fragestellungen bei Infratest Dimap und Forschungsgruppe Wahlen jeweils systematisch verschieden sind: z.B. während bei Infratest Dimap nach „wahlentscheidenden Themen“ gefragt hat (Flüchtlingspolitik 26%) fragte die Forschungsgruppe Wahlen nach den „wichtigsten Problemen“ (Flüchtlingspolitik 54%).

Das wurde schon bei der Bundestagswahl 2013 deutlich: unsere Ablehnung der Flugverbotszone in Libyen wurde damals als selbstverständlich vorausgesetzt. Das erwartet man inzwischen von uns. Ein Abweichen von dieser verlässlichen Position würde Wählerinnen und Wähler von uns weg stoßen. Die Beibehaltung bringt keine signifikante Zahl neuer Wählerstimmen.

Möglicherweise ist das mit der Asylpolitik ähnlich: diejenigen, die uns wegen unserer Asylpolitik wählen, würden sich von uns abwenden, wenn wir diese relativierten. Eine signifikante Zahl zusätzlicher Wählerstimmen, können wir von den Befürworter*innen einer solidarischen Asylpolitik nicht erwarten.

In der Friedensfrage kann sich das zur Bundestagswahl wieder ändern, denn die Beseitigung von Fluchtursachen tritt immer mehr in den Vordergrund auch der Asyldebatte. Nur muss uns klar sein, dass auch hier bei Wählerinnen und Wählern bei der Forderung nach Bekämpfung der Fluchtursachen sicher nicht nur altruistische Motive dahinterstehen. Asylvermeidung ist ein Grund, der kann auch von Menschen gut getragen werden, die eine offene Gesellschaft nicht wollen. Aber: Wenn wir dieses Thema zu für die Zukunft stärken wollen, dann muss es unter der Überschrift „offene Gesellschaft“ geschehen, obwohl auch das uns nicht automatisch neue Wählerinnen und Wähler großer Zahl bringen wird. Vielmehr steht die Frage, ob es uns gelingt, den Vorzug einer solidarischen, offenen Gesellschaft weltweit als erstrebenswertes politisches Ziel zu vermitteln, das auch für die Lebensbedingungen der hier lebenden Menschen förderlich ist?

Auch andere Themen, die uns wichtig sind, stehen in der Wahlentscheidung nicht ganz vorne: Bei Bildung z.B. wird uns zwar inzwischen eine gute Kompetenz zugewiesen (20 %, gleichauf mit der SPD und nur 2 Punkte hinter der CDU), aber Bildung war nur das viertwichtigste Thema bei diesen Wahlen. Für Linkswähler*innen auch mit 26% nur das drittwichtigste. Damit ist es wie immer, Bildung ist ein wichtiges, aber kein wahlentscheidendes Thema für uns. Das zumal sich mit Themen wie Inklusion wahltechnisch kein Blumentopf gewinnen lässt. Inklusion ist eine emanzipatorische Frage, aber auf Grund unserer emanzipatorischen Politik werden wir nicht gewählt! Emanzipatorische Politik, offene Gesellschaft und weltweite soziale Gerechtigkeit sind drei Seiten der gleichen Medaille.

In den vergangenen Jahren aber konnten wir das Thema Soziale Gerechtigkeit nicht mehr überzeugend genug und nicht plausibel bedienen. Weder lokal noch weltweit. Das gilt sowohl für die Politik der Landespartei als auch für die Bundespartei.

6. Sachkompetenz versus Protest

58% der Wähler*innen der LINKEN (ID) haben Lösungsvorschläge in Sachfragen als Wahlgrund angegeben. Nur 21% sehen die Parteienbindung als Wahlgrund an.

Bei allen Wählergruppen im erwerbsfähigen Alter sind wir eher unterdurchschnittlich gewählt worden, an meisten bei den U45! (FGW). Das deutet auf das Erklärungsmuster

hin, dass wir von denen nicht mehr gewählt werden, die Sorge haben, ihre Lage würde sich (auch in der Folge der Asylpolitik) weiter verschlechtern, die wir mit unserer sozialen Politik nicht mehr erreichen.

Trotzdem: DIE LINKE wurde wegen Sachkompetenz gewählt. Das ist gut. Nur etwa zu 30% auch aus Protest (Enttäuschung über andere Parteien). Das gilt aber auch für SPD und Grüne. Anders ist das bei der FDP und der AfD. Ihr Stimmenzuwachs beruht sehr stark auf Protest. Das Verhältnis bei der AfD ist nahezu umgekehrt! Die wenigsten Protestwähler (19%) hat die CDU.

2009 hatten wir viele Protestwähler*innen. Sehr viele. Wo sind sie geblieben? Es ist also vielleicht falsch auf Protest zu setzen. Protest kann, wie wir wissen, sehr flüchtig sein. Es ist für uns fahrlässig, den Versuch zu unternehmen, wieder mehr Adresse von (gesellschaftlichem) Protest zu werden, wenn man nicht auch in der Lage ist, dann diesen Protest bei folgenden Wahlen zu binden (siehe 2009). Es ist wichtiger, mehr Menschen, auch die Protestwähler*innen, von unserer Lösungskompetenz zu überzeugen. Das erfordert beharrliche Arbeit zwischen den Wahlen. Diese Einsichten hätten wir schon nach 2009 finden müssen! Stattdessen haben wir uns zu lange im Erfolg gesonnt.

7. Auf wen haben wir uns orientiert?

In den vergangenen zwei Jahrzehnten haben wir viel Kraft darauf verwendet, Zugang und Sympathien in den Strukturen der Zivilgesellschaft zu finden. Die Zusammenarbeit mit Gewerkschaften gehört ebenso dazu wie der Austausch und das gemeinsame Agieren mit Künstlern, Kulturschaffenden, sozial Engagierten, Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, Studierenden, Vereinen, Sozialverbänden und so fort. Das war ein schwerer Weg, denn hier musste viel in der Vergangenheit verlorenes Vertrauen wieder aufgebaut werden. Inzwischen werden wir von ihnen als wichtige Partnerin angenommen. Die Zusammenarbeit mit ihnen hat auch unser Profil geschärft und gestärkt. Darum war dieser Weg richtig. Das prägt unsere Arbeit bis jetzt. So war aber auch unsere Wahlsprache. Sie setzte auf eine zugespitzte Polemik für politikaffine Menschen.

Aber: Die Wählergruppen, auf die unsere Wahlkampagne orientiert war (Künstler, Kulturschaffende, Studierende, Wissenschaftler, Intelligenz), haben uns zwar viel Sympathie entgegengebracht, aber kaum ihre Wahlentscheidung geändert. Es ist verführerisch, nur von denen auszugehen, die man persönlich kennt und anzunehmen, es wäre ein Trend! Was uns verloren gegangen ist – und nicht erst in den letzten fünf Jahren – ist die Ansprache der Adressaten von sozialer Politik – unserem Markenkern. Oder haben wir sogar diese Adressaten aufgegeben? Wir haben uns auf die Multiplikatoren konzentriert (Vereine, Verbände Gewerkschaften, Initiativen), sie wurden zur Zielgruppe ebenso wie das aufgeklärte Bildungsbürgertum und die Prekarisierten unter ihnen, nicht aber die Abgehängten, die sozial Benachteiligten in ihrer Gänze. Die sozial und bildungsmäßig Ausgegrenzten kommen zwar noch in unseren Veröffentlichungen vor, aber wir erreichen sie nicht mehr, auch nicht über die Multiplikatoren.

Zwar macht es Hoffnung, dass unsere Wählerklientel in Bezug auf die Bildung ausgeglichen ist: tendenziell wählen uns zwar eher Menschen mit Hochschulabschluss, aber zusammengerechnet sind es nach ID 19:18 Prozent (einfache:höhere Bildung), nach FGW sind es 41% bis mittlere Reife, 47% ab Abitur. Wenn aber viele mit „einfacher“ Bildung von uns nicht mehr angesprochen werden können, dann haben wir ein Problem!

8. Ein paar kritische Bemerkungen zur Wahlkampagne und zur Wahlprogrammatik

Ein Wort zum Streit um die Plakate: In dieser bildungsaffinen sozial engagierten Wählerklientel (und in der eigenen Partei), auf die die Wahlkampagne zielte, hat sie zwar polarisiert, aber diese Polarisierung hat uns kaum Wählerstimmen gekostet. Eben weil die, die wir mit dieser Kampagne erreicht haben, in ihrer Wahlentscheidung weitgehend festgelegt waren. Sie hat uns auch keine neuen gebracht.

Andere potenziellen Wählerschichten, die vor allem unserer Kernkompetenz Soziale Gerechtigkeit entsprechen, wurden von dieser Kampagne aber gar nicht angesprochen. Sie wirkte dort schlicht nicht, weder positiv noch negativ, auch nicht wahlentscheidend. Das erste Plakat, das dort wieder ankam, war das nach dem Parlamentartag in Magdeburg (5x5 Milliarden). Da gab es sofort Protest, wir hätten die Renten vergessen. – Auch eine negative Konnotation sagt etwas über die Ansprache aus.

Noch im Januar 2015 haben wir auf der Klausur diskutiert, mit welchen Konzepten wir in die Wahl gehen wollten. Zu oft – ich hatte das auch kritisiert – stand dort noch im Debattenpapier, dass wir in unserer Regierungszeit dieses oder jenes Konzept erarbeiten wollen. Das ist ein bisschen wie die Katze im Sack kaufen. Gewählt wird man vielleicht wegen überzeugender Konzepte, die man in Regierungszeit umsetzen will, nicht wegen der Ankündigung noch nicht ausgearbeiteter solcher. Das hat sich an einigen Stellen bis ins Wahlprogramm fortgesetzt.

Wahlzeiten sind Erntezeiten. Die Leute müssen wissen, was sie bekommen, wenn sie uns wählen, nicht welche Probleme wir uns annehmen wollen, wenn die Lösung ihnen nicht klar ist. Wir müssen in fünf Jahren Landtagsarbeit, nicht erst am Ende, diese Lösungen präsentieren und wirkungsvoll kommunizieren. Das haben wir durch die Fokussierung auf die Regierungsverantwortung zumindest in großen Teilen versäumt. Oder gemeint, es sei klar. Doch Lösungen von vor zehn Jahren tragen nicht mehr, zumindest dürfen sie nicht als bekannt vorausgesetzt werden. Wohlgerne teile ich nicht die Kritik, wir hätten sozusagen Anfang des Jahres auf einen Oppositionswahlkampf umschwenken sollen, als die Mehrheiten für ein Regierungsbündnis schwanden. Der Anspruch, die Regierungsverantwortung übernehmen zu wollen, war konsequent und folgerichtig. Ein Umschwenken auf den letzten Metern wäre nicht glaubwürdig gewesen und hätte uns unseres Selbstbewusstseins beraubt.

Es ist aber unverständlich, warum noch im Oktober und November in der Wahlstrategie davon ausgegangen wurde, dass nur die CDU den Verlust von Wählerstimmen durch die

Asylpolitik erleiden würde. Der Landesvorstand ging noch davon aus, dass es gelingen könnte, den Einzug rechter Parteien in den Landtag zu verhindern. Die AfD war schon zu diesem Zeitpunkt nicht mehr zu verhindern, schon gar nicht mit dieser Strategie. Und dass wir Wählerstimmen in dieser Situation verlieren würden, war eigentlich seit dem Sommer klar. Die Höhe aber hat auch mich überrascht.

9. Strategische Fragen und Überlegungen

Wie ist der Einbruch zu erklären? Die Asylfrage, die ganz sicher dominiert hat, taugt als alleiniger Grund wenig, es sei denn, wir wollten uns damit abfinden. Das aber wäre der Weg in die Nische der Gesellschaft. Darum müssen wir uns weiter gehende Fragen stellen:

Wir müssen uns fragen, warum es uns nicht mehr gelingt, die zu erreichen, um deren Interessenvertretung wir uns bemüht haben. Und wir müssen klären, warum wir keine Strategie entwickeln konnten, Menschen, die unseren sozialen Ansatz teilen oder teilen sollten, auch von unseren internationalistischen, solidarischen Positionen zu überzeugen.

Dieses Defizit ist nicht erst im vergangenen Jahr existent, sondern mindestens seit einem Jahrzehnt. Seit die Wahlbeteiligung in Stadtteilen wie Magdeburg Olvenstedt sinkt, ist das klar. Hier haben viele Menschen sich schon lange von der Politik abgewandt. Haben wir uns nicht schon vor Jahren mit sinkender Wahlbeteiligung in großen Stadtteilen mit großen sozialen Problemen abgefunden?

Weitere Fragen: Haben wir zu viele programmatische Unschärfen mit uns herumgetragen in der Hoffnung, sie würden nicht wahlwirksam oder wir könnten sie später klären? Da wir unsere Wahlkampagne und unsere Politik aber unter der Überschrift „Solidarität“ stark auf Flüchtlinge priorisiert haben und es nicht gleichzeitig vermochten die Verbindung zu sozialer Gerechtigkeit (unserem Kernthema und mit 67% priorisiert) für alle überzeugend darzustellen, ist die geringere Wahlentscheidung für uns auch aus unserer Performance (nicht nur im Wahlkampf) erklärbar.

Das gilt allerdings auch für die Bundesebene. Die Friedensfrage und die Asylfrage (Nicht mal das Thema Migration) haben aber die Politik der Bundespartei dominiert. Die anderen sozialen Fragen standen etwas losgelöst daneben und traten zeitweise in der öffentlichen Wahrnehmung und auch der eigenen Performance in den Hintergrund. Selbst die Kampagne „Das muss drin sein“ konnte keine hinreichende Wirkung entfalten. Dieses Gewerkschaftsthema zu unterstützen, ist richtig, aber offensichtlich wird es nicht als Parteikampagne wahrgenommen und damit nicht uns zugeschrieben!

Auch ureigene Landesthemen (Bildung und Polizei) traten hinter das Asylthema, das bis in die Kommunen hinein „anfassbar“ war, zurück. Auch andere Bundesthemen, die derzeit heiß debattiert werden, wie das Rententhema, standen noch nicht so sehr im Focus.

Trotzdem müssen wir uns fragen: Ist unsere Politik zu angepasst? Zu etabliert? Zu intellektuell? Muss sich unsere Ansprache ändern? Müssen wir mehr dafür tun, dass

solidarische Politik nicht nur als eine national-solidarische verstanden wird? Brauchen wir eine „zweite Aufklärung“?

Weitere Fragen stellen sich mir: Haben wir die richtigen Themen angepackt oder nur die, die wir für die richtigen hielten? Und: haben wir sie richtig angepackt? Haben wir politische und verwaltungsrechtliche Korrektheit der Verständlichkeit geopfert? Sach- und Fachkompetenz ist wichtig, aber wenn wir sie nicht mehr einfach erklären können, werden wir eben einfach nicht mehr verstanden.

Ich will das an zwei Beispielen deutlich machen, die mein Politikfeld – auch wenn es wie immer nicht wahlentscheidend ist - betreffen:

1. Gemeinschaftsschule. Die große Koalition hatte sich durchgerungen, in Sachsen-Anhalt Gemeinschaftsschulen zu schaffen. Das entspricht dem Trend auch in anderen Ländern. In Berlin hat DIE LINKE sehr darum gerungen, ein Konzept der Gemeinschaftsschule auch gegen Widerstände zu etablieren. In Sachsen-Anhalt war über viele Jahre der Boden dafür nicht bereit. Mit nicht einmal einer Handvoll Gesamtschulen landesweit und zahllosen Schulgesetznovellen, die auch teilweise wenig nachvollziehbare strukturelle Änderungen beinhalteten, ohne dass dadurch die Bildungsqualität verbessert worden wäre, war die Bereitschaft zu neuen strukturellen Änderungen nicht besonders groß. Darum hatte sich vor 2006 die Landtagsfraktion entschlossen, die Umgestaltung des Bildungswesens über die Reformierung der Sekundarschule zu erreichen. Als dann auf Betreiben der SPD die Gemeinschaftsschule – eigentlich ein Projekt der LINKEN – auf die Tagesordnung gesetzt wurde, blieb die Landtagsfraktion auf dem vor Jahren eingeschlagenen Kurs. Ein Grund war die (zu Recht kritisierte) Unvollkommenheit der von der Regierung geplanten Reform.
Wer aber in einer Zeit, in der gleich in mehreren Bundesländern, darunter das ehemals von der LINKEN mitregierte Berlin, die Gemeinschaftsschule auf die Tagesordnung gesetzt wird, auf dem alten Kurs beharrt, der kann Bildungspolitik nicht aktiv mitgestalten. In dieser Situation wirkte das Beharren auf dem alten Kurs wie das Festhalten am gegliederten Schulsystem. Das aber wollten wir immer abschaffen (obwohl uns das keine Wählerstimmen bringt). Für besser hätte ich es gefunden, das Regierungskonzept zu kritisieren und eigene Forderungen für eine gelingende Gemeinschaftsschule entgegenzusetzen und darzustellen, welche positiven Veränderungen für konkrete Bildung vor Ort davon ausgehen könnten.
2. DIE LINKE fordert seit langem beitragsfreie Kinderbetreuung. In einigen Bundesländern – darunter wieder Berlin – sind die Schritte in diese Richtung auch schon weit vorangekommen. DIE LINKE in Sachsen-Anhalt hat diese Forderung nicht in ihrem Wahlprogramm. Begründung: es sei nicht bezahlbar.
Das mutet für eine linke Partei seltsam an. Zudem kann niemand behaupten, Berlin sei ein reicheres Land. Es leistet sich aber eine schrittweise beitragsfreie Kinderbetreuung. In der LINKEN Sachsen-Anhalts wurde teilweise die Auffassung vertreten: was nichts kostet, ist den Menschen auch nichts wert. Das betraf insbesondere die Forderung nach

einem entgeltfreien Mittagessen. Gleichzeitig verfügt das Land über gesetzliche Regelungen, die es so in keinem anderen Bundesland gibt:

- die Verpflichtung der Schulträger, eine warme Vollwertmahlzeit vorhalten zu müssen, und das zu bezahlbaren Preisen und

- es hat als einziges Land einen Rechtsanspruch auf Kinderbetreuung vom ersten Lebensjahre an (nicht erst nach Vollendung des ersten Jahres.)

Nur zwei Bundesländer von 16 (Sachsen-Anhalt und Thüringen) gewährleisten einen Ganztagsanspruch für alle Kinder.

Wenn wir frühkindliche Bildung als einen unverzichtbaren Teil von lebenslangem Lernen und vor allem als eigenständigen Bildungsbereich begreifen wollen, ist die Beitragsfreiheit eine logische Folge, weil wir sie zumindest auch für alle anderen institutionellen Bildungsbereiche einfordern. Wenn nun die eigentlich richtige Forderung finanzpolitisch in der gegenwärtigen Situation nicht darstellbar ist, dann hätte es auch eine andere Argumentation gegeben. Zum Beispiel diese:

Sachsen-Anhalt hat (noch) die beste Versorgung mit Kitaplätzen bundesweit und vor allem im U3-Bereich eine hohe (die höchste) Bildungsbeteiligung. Sie hat außerdem einen Rechtsanspruch auf einen Ganztagsplatz – ohne Bedarfsprüfung und unabhängig von der beruflichen Situation der Eltern. Gleichzeitig, wenn auch nicht deshalb, hat es einen der schlechtesten Personalschlüssel bundesweit und keine Regelungen zur Vor- und Nachbereitung der Bildungsarbeit als Arbeitszeit von Erzieher*innen. Darum setzen wir unsere Prioritäten anders: wir wollen zuerst die Betreuungsqualität verbessern, indem wir den Betreuungsschlüssel deutlich ändern und die Arbeitszeit der Erzieher*innen deutlich verändern und somit Freiräume für Vor- und Nachbereitung, Elternarbeit und Weiterbildung schaffen sowie die Freistellung von der Gruppenarbeit für Leiter*innen von Einrichtungen verbessern. Das wollen wir bei Beibehaltung eines mindestens 10-stündigen Ganztagsanspruches verwirklichen. Wir wollen zudem die Bedingungen für inklusive Angebote verbessern und die Qualität der Bildungsarbeit erhöhen. Das ist für uns angesichts der hohen Bildungsbeteiligung trotz der Kita-Beiträge die vorrangige Aufgabe, die allen zugutekommt. Damit verbessern wir außerdem die Arbeit der Erzieher*innen und wir machen uns stark für die Aufwertung der Erziehungsberufe. Auch die Ausbildung zusätzlicher Fachkräfte muss für die Umsetzung dieses Vorhabens Vorrang haben. Hinzu kommt der Sanierungsstau bei Kindertagesstätten. Alle verfügbaren Mittel werden zunächst dafür verwendet. Elternbeiträge sollen sozialverträglich gestaltet und entsprechend vorhandener gesetzlicher Vorgaben erlassen werden. Perspektivisch nehmen wir dann die Beitragsfreiheit schrittweise auf die Agenda.

Diese Argumentation ist zwar länger, kann aber sowohl unter den Erzieher*innen als auch unter den Eltern und Großeltern eher überzeugen als die lapidare Feststellung: es ist nicht bezahlbar.

Außerdem ist bei Kinderbetreuungsfragen in Sachsen-Anhalt zu bedenken, dass die Debatte um das KIBEG 1998 sowohl in der Partei als auch im Land erhebliche Debatten für

die (damals) PDS hervorgerufen hat und sich die Landesebene – zumal sie die gesetzlichen und personellen Grundlagen legt – nicht mit dem Verweis auf die kommunale Zuständigkeit herausreden kann. Auch für den Ansatz der Sicherung gleicher (vergleichbarer) Lebensbedingungen ist das für die LINKE kein diskutabler Weg.

Diese beiden Beispiele stehen exemplarisch für den Anspruch, Politik an den Erwartungen von Bürgerinnen und Bürgern zu messen und plausible Lösungen oder wenigstens Erklärungsmuster zu suchen und zu vermitteln. Das sollte uns angesichts der (wahl)populistischen Sprüche anderer ebenso unterscheiden wie von der abgehobenen oder intellektuellen Diskussion von Themen für wenige Eingeweihte oder Betroffene (z.B. Herstellungsbeiträge II)

Daran macht sich die Frage fest: Für wenn sind wir da? Wer soll uns verstehen? Das ist die Voraussetzung dafür, dass man uns dann auch wählt. Damit redet man keiner Versimplifizierung das Wort, stellt aber den Anspruch von Verständlichkeit. Das gilt gerade auch dann, wenn man etwas nicht lösen kann.

Wir aber kommen zunehmend intellektuell daher und wenn uns jemand nicht versteht, geben wir uns zu wenig Mühe, uns verständlich zu machen. Wir reden mit den Vereinen, Verbänden, Interessenvertretungen, Gewerkschaften. Viele, die uns nicht mehr gewählt haben, haben vielleicht auch diese Interessenvertretungen nicht mehr. Sie haben sich eben von Politik abgewendet, die für sie nichts mehr zu bieten hat. Sie haben sich darin eingerichtet. Es wird viel Kraft und Ideenreichtum benötigen, den Zugang zu ihnen wieder zu finden. Dazu wird es – spätestens nach dieser Wahl – auch nötig sein, zu erklären, welcher Veränderungsdruck von der Opposition ausgehen kann, in der wir uns möglicherweise nicht nur kurzfristig wiederfinden. Die Zeit, in der wir alle Wahlversprechen an künftiger Regierungsverantwortung gemessen haben, ist bis auf weiteres vorbei. Wir sollten uns hüten, uns in die Schmollecke zurück zu ziehen und uns mit den Stimmenverlusten abfinden („Um AfD-Wähler wirbt man nicht“). Dies nicht zu beachten und nur jene zu bedienen, die uns jetzt schon zugetan sind, bedeutet der Weg in die Nische von bundesweit kaum 5% und im Lande von ca. 10%. Mehr wird dann nicht drin sein.

Es geht wohlgerne nicht darum, den Asylkritiker*innen nach dem Munde zu reden und es geht schon gar nicht um das Zugehen auf verfestigte rechtsextreme und menschenfeindliche Haltungen. Aber es geht darum die handfesten oder latenten Sorgen der Leute aufzunehmen und ihnen diese mit plausiblen Lösungen und Argumenten zu nehmen. Es geht darum, die scheinbare Alternativlosigkeit zu entkräften, aber eben nicht wie die AfD mit Vermeidungsstrategien, sondern mit bis auf die Kommune heruntergebrochenen Lösungswegen. Es geht darum, Zuwanderung als Chance für gesellschaftliche Entwicklung und für soziale Gerechtigkeit nicht nur weltweit, sondern auch hier, zu erläutern. Das würde ich heute als zweite Aufklärung bezeichnen.

10. Wie können wir das erreichen – unser strategisches Dilemma

Die AfD speist nach Untersuchungen von Parteienforschern sich zwar in ihrer Mitgliedschaft vor allem aus dem Lager der unzufriedenen Mitglieder und ggf. Wähler der bürgerlichen Parteien CDU und FDP (zumindest im Entstehen), aber es ist ihr möglich gewesen, deutlich mehr Wähler, vor allem auch aus den Spektren der SPD und vor allem der LINKEN zu gewinnen.

Die Ursachen dafür liegen zum Teil auch im programmatischen Selbstverständnis und in aktueller Politik der LINKEN.

Für DIE LINKE erklärt sich das m.E. aus einem häufig grundkonservativen Gesellschaftsverständnis und Strukturkonservatismus von Teilen unserer Mitgliedschaft (und des Wähler*innenklientels) – zumindest im Osten („Bloß nicht verändern“). Das bedienen wir seit langem auch in Teilen unserer Sozialpolitik (Steuersatz auf Kohlsches Niveau, Rente wieder auf 50%...) Obwohl diese Argumentationen geeignet sind zu belegen, dass unsere Forderungen nicht aus Wolkenkuckucksheim kommen, sind sie eigentlich strukturkonservativ. Dazu zählt auch der Satz „Hartz IV muss weg“. Er sagt nämlich noch nicht wohin und was dann. Dort aber befinden wir uns in einem heiligen Streit zwischen Grundeinkommen und Grundsicherung, dessen Feinheiten nur Eingeweihte nachvollziehen können. Beides hängt an unterschiedlichen Vorstellungen über die Arbeitsgesellschaft und den Stellenwert der Erwerbsarbeit darin.

Hinzu komme auch in der LINKEN und ihrer Wählerschaft ein teilweise verbreitetes Denken in nationalen Grenzen. Auch Internationalismus findet für manche vor allem außerhalb der eigenen Landesgrenzen statt oder über ein „Gastrecht“ im inneren, das zeitweilig ist. Hier spiegeln sich auch realsozialistische Erfahrungen! Und das ist durchaus kompatibel mit unseren friedenspolitischen, internationalistischen Positionierungen (auf deren Streitpunkte ich hier nicht eingehe). Ein anderes, neues internationalistisches Verständnis hätte eine positive Konnotation von Globalisierungsprozessen vorausgesetzt, die Globalisierung nicht verteufelt, sondern als linken Gegenentwurf entwickelt: ökonomisch, umweltpolitisch, sozial, kulturell! Die Kultivierung der Abwehrhaltung gegen etablierte Politik (auch ein konservatives Moment) ist schädlich für die Erarbeitung moderner gesellschaftlicher Entwicklungskonzepte.

Eine Studie der TU Dresden unter Führung von Professor Patzelt, die sich mit den Berührungspunkten zwischen Pegida mit der AfD befasst, und die auf die politisch heterogene Zusammensetzung von Pegida von allgemeiner Politikkritik bis zu unterschiedlichen fremdenkritischen Haltungen hinweist, stellt fest: „Mit Ausnahme des „deutschen Patriotismus“ werden alle diese Einstellung in Deutschland oft auch von ‚Linken‘ geteilt. Diese Einstellungen hängen unter den befragten Demonstranten eng mit jedem Thema zusammen, das den Pegidianern wichtig ist: Kritik an der bestehenden Demokratie, Einwanderung, „Islamisierung“. Dabei ist ein umso ‚typischerer Pegidianer‘, wer globalisierungskritischer, amerikaskzeptischer, russophiler und kritischer ob der sozialen Gerechtigkeit in Deutschland ist.“ Zitiert nach Kahrs/Hoff, Die Ergebnisse der

Landtagswahlen am 13. März 2016 –Wahlbericht und erste Analyse, S.47. Man mag diese Auslegung der Umfragen nicht teilen, nachdenklich machen sollten uns die Befunde schon.

Horst Kahrs stellt in seinem Beitrag „Neue Unberechenbarkeit“ in der Zeitschrift Luxemburg-Gesellschaftsanalyse und linke Praxis, 1/16, S. 31 fest: „Die Verlockungen des Populismus und Völkischen machen allen Parteien zu schaffen, auch der Linkspartei. Lange Zeit wurde die Haltung »offene Grenzen für Menschen in Not« von etlichen Anhängern nicht geteilt, aber diese Haltung war nicht wahlentscheidend. Seit 2013 ist dies anders, seit eine politische Partei die Flüchtlingsfrage als Frage der sozialen Gerechtigkeit in Gestalt von Etabliertenvorrechten deutet. Bedenkenswert ist, was diese Abwendung verarbeitet: Seit ihrer Existenz kämpft DIE LINKE für andere Verteilungsverhältnisse, für eine »Umverteilung von oben nach unten«, aber in den Augen vieler ohne den versprochenen beziehungsweise erhofften Erfolg. Wer sich in seinen eigenen sozialstaatlichen Ansprüchen durch Fremde bedroht sieht, wird daher angesichts der angenommenen Machtlosigkeit der linken Kräfte nicht unbedingt darauf setzen, dass ausgerechnet jetzt die Umkehr der Verteilungsströme gelingt. In Ländern wie Polen und Ungarn hat die nationale soziale Frage inzwischen eine politische Heimat bei den Populisten und Völkischen gefunden. Sozialstaatlicher Nationalismus ist keine linke Perspektive. Eine Politik der sozialen Gerechtigkeit im 21. Jahrhundert zu entwickeln, hieße mehreren Anforderungen gerecht werden zu müssen: Es sollte eine schlüssige und handlungsmächtige Deutung der sozialen Frage als Frage globaler Gerechtigkeit, des gleichen Rechts auf Glück geben. Die Trennung zwischen ›sozialer‹ und ›kultureller‹ Linker sollte überwunden werden, da soziale Fragen immer auch Fragen der Lebensweise sind, des gelebten Respekts vor Gleichheit und Aufklärung. Die Vorstellung eines demokratischen Sozialstaates sollte nationalstaatliche Grenzen nicht zur Existenzbedingung haben.“

Erinnern wir uns: Die Geschichte mit dem „sterbenden, faulenden Kapitalismus“ stimmt so nicht. Schon zu DDR-Zeiten wurde dieser Satz nicht nur auf Kabarettbühnen kommentiert mit der lakonischen Bemerkung: „Aber es ist ein schöner Tod“.

Wenn also dieser Kapitalismus anpassungsfähiger ist als es für die Welt gut sein kann, wenn er mit subtilen Ausgrenzungen, Verknappungen, Verteuerungen mit einer scheinsozialen Sparpolitik in der Lage ist, darüber hinwegzutäuschen, dass die soziale Schere in der Gesellschaft weiter auseinander geht – im nationalen Rahmen, im europäischen und global. Wenn er in der Lage ist, die sozialen Unterschiede zwischen Ländern und Regionen zur Profitmaximierung zu nutzen, dann müssen unsere Antworten ebenso grundlegend und global wie lokal wirksam sein. Will sagen, es reicht nicht, zu skandalisieren, was in Afrika, Asien und Lateinamerika passiert und zu betonen dass dies auch unsere Verantwortung ist. Für die meisten Menschen ist das weit weg, genauso wie der Klimawandel und das Schmelzen der Pole. Dass die Vernichtung des Regenwaldes Auswirkungen auf unser Klima in Europa hat, ist für die meisten eine eher spekulative These, deren Wahrheitsgehalt man vielleicht gar nicht mehr erlebt. Es muss uns gelingen, solche Lösungen anzubieten, die auch hier, im Leben der Leute heute spürbar ankommen und gleichzeitig diesem globalen solidarischen Ansatz genügen.

Das ist eine besondere Herausforderung in einer Situation, in der linken Lösungsstrategien auf der einen Seite mit der AfD eine brutale Ausgrenzungslogik mit populistischen scheinsozialen Lösungen entgegensteht (Hauptsache uns geht es gut) und auf der anderen Seite Bündnisse geschmiedet werden (müssen) in denen sich Fragmente politischer Forderungen der LINKE latent wiederfinden, ohne dass sich Grundlegendes ändert (Dieser Mindestlohn ist eben kein Weg aus der Altersarmut). Wie dann hier und jetzt Politik machen? Das Lob an die Regierenden, weil sie Themen aufgreifen, die auch uns wichtig sind, kann es nicht sein. Das Verreißen dieser Politik, weil es nicht unsere reine Lehre ist, wohl auch nicht. Wie aber entwickeln wir heute, jetzt eine andere Politik, die als linke und realisierbare Politik verständlich wird, mit der wir uns vom neoliberalen Mainstream abgrenzen ohne utopisch zu werden, für die man sich engagieren kann, weil sie überzeugend ist? In Sachsen-Anhalt wird das auch bedeuten Oppositionsarbeit zu machen zwischen einer sozialdemokratischen und grün abgemilderten konservativen Regierungspolitik und gnadenloser nationalkonservativer bis rechtsradikaler populistischer Oppositionspolitik, die das gesellschaftskonservative Bauchgefühl Vieler bedient. In dieser Situation soziale, solidarische und emanzipatorische Politik zu machen und damit größere Wähler*innenschichten zu erreichen, ist eine schwere Herausforderung, die aus einem Bundesland alleine nicht zu stemmen ist und in einem nach rechts driftenden Europa schwer werden wird.